

**ROTE
KARTE
FÜR
DRAGHI**



Fraktion
der Europäischen
Konservativen
und Reformer



Prof. Joachim Starbatty (Ökonom
und Mitglied im Europa-Parlament)

KUNDGEBUNG & VORTRAG

SCHLUSS MIT DER EURORETTUNG

SAMSTAG 28.03.

MARIENPLATZ MÜNCHEN

KUNDGEBUNG: 11.00 Uhr

Am Vorabend, Freitag 27.03. um 18.00 Uhr
Vortrag mit Diskussion: Bürgerhaus, Haar

afdbayern.de



Die griechische Tragödie

Altparteien und Medien machen allein die Staatsverschuldung und die Spekulation der Banken für die Eurokrise verantwortlich.

Sind die Banken nur die Sündenböcke?



Zum Teil ja: Die URSACHE der Krise sind die Staatsverschuldung, die bereits seit 1999 zu lockere Geldpolitik der EZB aber vor allem der Euro selbst.

Die Spekulation und die platzenden Blasen an den Finanzmärkten sind lediglich SYMPTOME der Krise, also die Folge der zu hohen Geldmenge und der zu niedrigen Zinsen und nicht etwa deren Verursacher. Aufgrund der Inflationsgefahr, legen Anleger verstärkt in Sachwerte an. Die Märkte boomen. Es bilden sich immer andere, neue Spekulationsblasen, die gelegentlich platzen. Die Bankenregulierung ist eine Symptombehandlung. Die Ursachen der Eurokrise können damit allein nicht bekämpft werden.

Währungen mit freien Wechselkursen haben den Vorteil, dass sie die Wirtschaft verschiedener Staaten voneinander abgrenzen. Das vermindert die Ausbeutung von wirtschaftlich schwachen Staaten durch wettbewerbsfähigere Staaten. Kurzfristig gedacht hat Bayerns Exportwirtschaft einen Vorteil vom niedrigen Euro. Aber haben wir etwas davon?

Kaum, denn seit 2008 kann Deutschland keine Devisenreserven mehr aufbauen. Die Bundesbank erhält nur noch sogenannte Target2-Forderungen, die seitens der EZB derzeit kaum verzinst werden. Die Eurostaaten können nicht abwerten, viele können mit unseren Unternehmen nicht mithalten. Aber sollten wir uns darüber freuen? Die Krise zeigt doch, dass die Ausbeutung der nicht wettbewerbsfähigen Staaten Südeuropas ganz erhebliche Probleme mit sich bringt:

Die Südstaaten werden deindustrialisiert,
die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch,
die Wirtschaft schrumpft.

Um dies auszugleichen, haben die Südstaaten die Staatsausgaben erhöht und sich unangemessen verschuldet. Jahrelang ging das gut, aber nur auf Kosten der Zukunft. Jetzt hat das Ausmaß der Verschuldung ein Niveau erreicht, welches nicht mehr tragbar ist. Die Folgen sind bekannt.

All das führt dazu, dass die Südstaaten dauerhaft in der Krise stecken. Die Wettbewerbsfähigkeit bleibt schlecht. Die Staaten kommen nicht aus der Schuldenfalle. Die Hilfen können nie zurückgezahlt werden. Gerade Griechenland ist ein Fass ohne Boden, das regelmäßig einen Schuldenschnitt benötigt, wenn es am Euro festhält. Die Insolvenz wird verschleppt, weil die Politik nicht zugeben will, dass der Euro fehlkonstruiert ist. Deutschland haftet durch ESFM und ESM mit. Lange haben die Altparteien behauptet, dass uns das kein Geld kostet – ein Trugschluss. Ohne Schuldenschnitt ist Griechenland nicht zu retten.



„Die griechischen Reformpläne sind [...] in Abstimmung mit anderen Euroländern absichtlich unbestimmt formuliert. Sonst würden sie nicht die notwendige Zustimmung der Parlamente der Euroländer erhalten“ Yanis Varoufakis (Griechischer Finanzminister)

Um die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands zu steigern, gibt es nur genau zwei Lösungen:

1. Die Reformen müssen nicht nur weitergehen, sie müssten ausgeweitet werden. Die Gehälter müssen um etwa weitere 15% sinken. Dies ist schmerzhaft und langwierig. Die Wähler in Griechenland tragen das nicht mit.
2. Alternativ kann Griechenland vorübergehend aus dem Euro austreten und in der EU bleiben. Es gäbe eine Abwertung. Zwar könnten die Griechen weniger konsumieren, ihre Wirtschaft würde einen sofortigen Boom erleben.

Die niedrigen Zinsen und die zu hohe Geldmenge sind eine direkte und rechtswidrige Staatsfinanzierung durch die EZB. Die AfD wird dagegen klagen. Diese führt zur Umverteilung zwischen Sparern, Riester- und Lebensversicherungsanlegern auf der einen und den Staatshauhalten auf der anderen Seite. Nur aufgrund von Zinsersparnissen macht der Bund derzeit keine Schulden. Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Pensionszusagen gemacht haben, sind von der Pleite bedroht.

Weitere Nachteile des Euros sind die sinkende

Kaufkraft in Deutschland und niedrige Löhne in benachteiligten Importbetrieben.

Statt die Ursachen des Problems zu lösen, doktern die Bundesregierung und die EU an den Symptomen herum. Man versucht sogar, die Krise zu nutzen, um mit Bankenunion, Fiskalunion, gemeinsamen Euroanleihen, Bürgschaften usw. eine zentralistische EU durchzusetzen.

Die AfD ist nicht gegen den EURO, weil wir unter DM-Nostalgie leiden. Kaum ein VWL-Professor bestreitet, dass die Währungsunion schief gehen muss. Die AfD will das Währungsgebiet geordnet und behutsam in mehrere kleine Verbünde auflösen oder ggf. zu nationalen Währungen zurückkehren.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Alternative für Deutschland tatkräftig oder finanziell unterstützen und an der Kundgebung mit Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Starbatty AfD, Mitglied des europäischen Parlamentes u.a. Experte für Währungspolitik teilnehmen.

Berd Lucke, MdEP



**„Was immer die Deutschen sagen,
am Ende werden sie immer zahlen.“**

Yanis Varoufakis (Griechischer Finanzminister)

„Deutschland ist ein Problem, [...] Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, [] Hauptsache die Deutschen haben es nicht.“

Joschka Fischer, Die Grünen

„Wenn ich Deutsche wäre, würde ich die Bundesbank und die D-Mark [...] behalten. Die Bundesbank ist die beste Zentralbank Europas.“

Margaret Thatcher, Premierministerin des Vereinigten Königreichs (1979-1990)

afdbayern.de



Alternative
für
Deutschland

TREFF-PUNKTE: In München Stadt und Land finden regelmäßig Stammtische und Informationsabende statt. Besuchen Sie uns und diskutieren Sie mit uns eine alternative Politik. Termine unter:

www.afd-muenchen.de

www.afd-muenchen-land.de

Gegenüber den Altparteien sind wir als junge Partei nach wie vor finanziell stark benachteiligt. Dies beeinträchtigt leider in erheblichem Maße unsere Chancen für den vor uns liegenden Aufbau der Partei. Bitte unterstützen Sie uns beim Aufbau unserer regionalen Parteistrukturen. Die Kontoverbindungen finden Sie auf unseren Webseiten. **Vielen Dank!**